



**SUSTAIN
ABLE**

Our path forward.



DW Klimaschutzstrategie

Bilanz. Reduktionsziel. Maßnahmen.

Inhalt

1. Management Summary	5
2. Klimawissenschaft und Klimapolitik	6
3. Klimawandelbedingte Risiken	10
4. DW Klimabilanz	11
5. Klimaschutzziele	14
6. Maßnahmen	15
7. Quellen	18

Impressum

HERAUSGEBER
Deutsche Welle
53110 Bonn

VERÖFFENTLICHT
September 2021

© DW

VERANTWORTLICH
DW Sustainability Management

REDAKTION
Thilo Pommerening,
Sustainability Manager
unter Einbindung der
DW-Fachabteilungen

Unser Beitrag zum
Sustainable Development Goal 13
(climate action) und zum Pariser
Klimaschutzabkommen

13



1. Management Summary

Die Begrenzung der Erderwärmung ist die zentrale Herausforderung der Menschheit. Die Folgen des Klimawandels sind schon heute weltweit spürbar, in einigen Regionen stärker als in anderen. Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürren, Stürme, Starkregen und Überflutungen werden in den kommenden Jahren häufiger und immer extremer vorkommen. Je höher der weitere Temperaturanstieg ausfällt, desto dramatischer werden die Folgen für Mensch und Natur, verbunden mit immer höheren Kosten und Einschnitten in die Freiheit.

Im Pariser Klimaschutzabkommen haben sich die Nationalstaaten dazu verpflichtet, die globalen Treibhausgasemissionen in einer gemeinsamen Anstrengung schnell und drastisch zu reduzieren, um so die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu begrenzen und so die extremsten Klimawandelfolgen noch abzuwenden. In der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands werden die kommenden zehn Jahre als „Dekade des Handelns auf allen Ebenen“ bezeichnet.

Die aus Steuermitteln finanzierte DW ist sich ihrer Rolle als Vorbild und Multiplikatorin weltweit bewusst und übernimmt Verantwortung, sowohl in der Berichterstattung als auch im unternehmenseigenen Nachhaltigkeitsmanagement.

Mit der vorliegenden Klimaschutzstrategie setzt sich die DW das Ziel, die eigenen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent zu reduzieren und spätestens bis zum Jahr 2045 Netto-Nullemissionen zu erreichen. Diese Ziele beziehen sich auf die Treibhausgasemissionen der Kernbilanz (Scope 1 und Scope 2 sowie die Scope-3-Kategorien Dienstreisen, Pendelverkehr und Abfall) aus dem Basisjahr 2019.

Zur Minderung ihrer Treibhausgasemissionen wird die DW Maßnahmen in allen Bilanzbereichen umsetzen, also neben dem Bereich der Kernbilanz, für den das Reduktionsziel gilt, auch im Bereich der Randbilanz, in dem es Überschneidungen mit den Emissionen anderer Unternehmen gibt und die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme durch die DW begrenzt sind.

Folgende Maßnahmen werden nun entwickelt und umgesetzt:

- **Klimafreundlichere Reiserichtlinie**
- **Klimafreundlicherer Pendelverkehr**
- **Energiemanagement**
- **Nachhaltige Projektplanung**
- **Green Production**
- **Nachhaltige Beschaffung**
- **Supply Chain Engagement**
- **Klimawandelfolgen-Anpassung**

Zur unterstützenden Finanzierung der Maßnahmen führt die DW einen internen, marktbasieren CO₂-Preis ein.

Die DW-Klimabilanz wird jährlich aktualisiert, um die Entwicklung der Treibhausgasemissionen nachzuvollziehen und gegebenenfalls mit weiteren Maßnahmen nachzusteuern. Über den Zielerreichungsfortschritt wird jährlich an die Geschäftsleitung berichtet, und alle zwei Jahre im Nachhaltigkeitsbericht.

Mit der Umsetzung der vorliegenden Klimaschutzstrategie leistet die DW einen Beitrag dazu, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, und bereitet sich angemessen auf zukünftige Klimawandelfolgen vor.

2. Klimawissenschaft und Klimapolitik

Einen ungewöhnlich rasanten Anstieg um mittlerweile schon 1,2°C erlebte die globale Durchschnittstemperatur seit Beginn der Industrialisierung. Hauptgründe hierfür sind das Verbrennen der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas sowie industrielle Abgase, Waldrodungen, Landwirtschaft und Massentierhaltung, welche die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre stetig anwachsen lassen. Dies bewirkt eine unnatürliche Verstärkung des natürlichen Treibhauseffekts, der die Erde warm hält.

Durch die globale Erderhitzung schmelzen Gletscher und Polkappen. Der Meeresspiegel steigt, Golf- und Luftströmungen verändern bekannte Wettermuster und das gesamte Klimasystem gerät aus dem Gleichgewicht. Durch diesen Klimawandel kommt es immer häufiger zu immer stärkeren Wetterextremen wie Hitzewellen und Dürren oder Starkregen und Überflutungen.

Es gibt kein Land, das nicht heute schon die Folgen des Klimawandels erlebt. Sie treffen Mensch und Umwelt regional unterschiedlich hart. Einige Ökosysteme wie Korallenriffe, der Amazonas-Regenwald, Permafrost-Gebiete und das Westantarktis-Eis sind von irreversiblen Schäden bedroht, sobald sogenannte Kippunkte (ab einer Temperaturerhöhung von 1,5°C) überschritten werden. Besonders sensible Ökosysteme und arme Bevölkerungsgruppen in betroffenen Regionen stoßen teilweise heute schon an die Grenzen ihrer Anpassungsfähigkeit.

Bereits im Jahr 1990 wies der Weltklimarat (*Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC*) in seinem ersten Sachstandsbericht auf dieses Risiko und auf die Verletzlichkeit des Planeten hin. In den Folgeberichten konnten die Prognosen über den weiteren Verlauf der Erderwärmung und ihrer Folgen anhand von realen Messdaten bestätigt und durch bessere Modellierungen weiter präzisiert werden.

Bei einer weiteren ungebremsten Zunahme der Treibhausgasemissionen, so der IPCC, wird die Erderwärmung in den nächsten 80 Jahren auf 3–5°C und danach noch darüber hinaus ansteigen. **Dies entspricht in etwa dem Temperaturunterschied zwischen der letzten Kaltzeit und der aktuellen Warmzeit, der sich dann noch einmal zusätzlich aufsummieren würde.** Je höher der weitere Temperaturanstieg ausfallen wird, desto dramatischer werden die Folgen und desto höher die Folgekosten und die Einschnitte in die Freiheit sein. Besonders betroffen sind die Menschen in den Ländern des Globalen Südens, die selbst am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben.

Die Vereinten Nationen haben den Klimaschutz als eines der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in die Agenda 2030 aufgenommen. Unter anderem durch den Klimafonds (*Green Climate Fund*) sollen nun jährlich 100 Milliarden US-Dollar von Industrieländern bereitgestellt werden, um in den Ländern des Globalen Südens Projekte sowohl zur Minderung von Treibhausgasemissionen als auch zur Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren.

Die Regierungen aller 194 Staaten und der Europäischen Union haben sich, den Empfehlungen des IPCC folgend, im Pariser Klimaschutzabkommen darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C (möglichst 1,5°C) zu begrenzen und somit auch die Schäden für die Menschheit in einem erträglichen Maß zu halten.

Hierzu bedarf es einer schnellen und drastischen Reduktion der aktuell weltweit etwa 50 Milliarden Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr (vor der Pandemie). Denn aufgrund der teilweise extrem langen Verweildauer von Treibhausgasen in der Atmosphäre werden die **Klimawandelfolgen selbst bei einem sofortigen Emissionsstopp noch über Generationen spürbar** sein.

Um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen, müssen die globalen Treibhausgasemissionen laut Klimawissenschaft bis zum Jahr 2030 um 45 Prozent unter das Niveau des Jahres 2010 sinken, und um das Jahr 2050 Netto-Nullemissionen erreichen.

Die Nationalstaaten leisten dazu einen Beitrag im Rahmen von Reduktionszusagen (Nationally Determined Contributions, NDCs), die regelmäßig an das höchstmögliche Ambitionsniveau angepasst werden sollen. **Bis zum Ausnahmejahr 2020 (Corona-Pandemie) stiegen die globalen Treibhausgasemissionen jedoch weiter an, anstatt zu sinken.**

Ein Konsortium angesehener Forschungsinstitute berechnet im Projekt *Climate Action Tracker* regelmäßig den Effekt der Klimapolitiken aller Länder auf die globale Durchschnittstemperatur. Aktuell reicht die Summe der nationalen Klimaschutzgesetze jedoch noch nicht aus und würde zu einer Erwärmung von 2,9°C führen (siehe Abbildung rechts). Inzwischen gibt es neue positive Entwicklungen, wie etwa die angekündigten Netto-Nullemissions-Ziele von China, den USA unter ihrem neuen Präsidenten sowie weiterer Länder, welche bei vollständiger Implementierung in nationale Gesetze die Erderwärmung immerhin auf 2°C begrenzen würden.

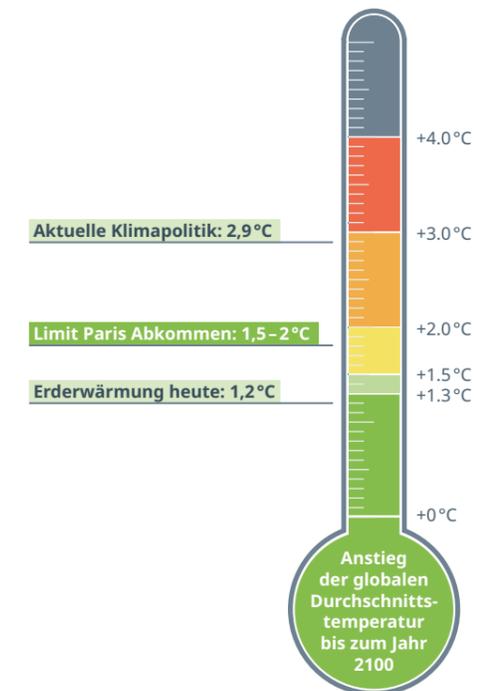


Abbildung 1: Ambitionslücke: Bereits erfolgte Erderwärmung (1,2°C), Höchstwert (1,5–2°C) gemäß Pariser Abkommen und Prognosewert bei aktueller Klimapolitik (2,9°C). Quelle: Climate Action Tracker.

Die Europäische Union ist nach China und den USA die drittgrößte Verursacherin von Treibhausgasemissionen. Als bevölkerungsreichster und wirtschaftsstärkster Mitgliedstaat der EU nimmt Deutschland in der EU-Klimapolitik eine wichtige Rolle ein.

In einem historischen Beschluss verpflichtete das Bundesverfassungsgericht im März 2021 die Bundesregierung, nationale Reduktionsziele und Klimaschutzgesetz noch nachzuschärfen, und bezog sich dabei auf die intergenerationale Gerechtigkeit:

„Ein umfangreicher Verbrauch des CO₂-Budgets schon bis 2030 verschärft jedoch das Risiko schwerwiegender Freiheitseinbußen. [...] Weil die Weichen für künftige Freiheitsbelastungen bereits durch die aktuelle Regelung zulässiger Emissionsmengen gestellt werden, müssen die Auswirkungen auf künftige Freiheit aber aus heutiger Sicht verhältnismäßig sein.“

Die Klimaschutzziele für Deutschland wurden daraufhin von der Bundesregierung angepasst und sehen nun eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von mindestens 65 Prozent bis 2030 und von mindestens 88 Prozent bis 2040 vor (bezogen auf das Basisjahr 1990) sowie Netto-Nullemissionen bis zum Jahr 2045.

Neben anderen zeigt das Umweltbundesamt in dem aktuellen Forschungsbericht „Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität“, dass derartige Emissionsminderungen für die deutsche Volkswirtschaft technisch durchaus realisierbar sind. Berechnungen des IPCC zeigen zudem, dass die weltweite **Wirtschaft auf einem 2°C-Pfad nur um 0,06 Prozent weniger stark wachsen** würde. Die Kosten für eine Dekarbonisierung sind heute also noch durchaus vertretbar. Der IPCC warnt jedoch davor, dass die Kosten für Klimafolgenanpassung, Katastrophenschutz und -reparatur sowie für die Emissionsreduktion umso stärker ansteigen werden, je mehr Zeit vergeht.

Für den weiteren Verlauf der globalen Treibhausgasemissionen hängt es nun stark davon ab, wie sehr die Disruption durch die Corona-Pandemie als Chance begriffen wird und Impulse für strukturelle Veränderungen im Sinne einer klimafreundlichen und sozialverträglichen Wirtschaftsweise weiterhin umgesetzt werden.

In der aktualisierten Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands werden die kommenden zehn Jahre als **„Dekade des Handelns auf allen Ebenen“** bezeichnet. Für die besonders emissionsintensiven Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft wurden im Klimaschutzgesetz bereits Unterziele festgelegt. Für die Erreichung dieser Sektorziele sind zunehmend Auflagen und/oder Kostensteigerungen für alle Unternehmen absehbar. Neben Unternehmen mit gesetzlichen Reduktionsverpflichtungen gibt es engagierte Unternehmen, die proaktiv einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Im Folgenden wird die Klimaschutzstrategie der DW hergeleitet.

Einsparung bei Reisen mit dem Zug statt mit dem Flugzeug, (in kg CO_{2e}, für die Strecke Bonn-Berlin pro Person)

1250

Nullemissionen durch Ökostrom

3. Klimawandelbedingte Risiken

Die Folgen des Klimawandels sind bereits in allen Regionen der Welt spürbar und werden sich mit zunehmender Erderwärmung immer häufiger und extremer manifestieren: Starkregen und Wirbelstürme können Überflutungen und Erdbeben auslösen; Hitzewellen und Dürreperioden können vermehrt zu Waldbränden führen und Flüsse austrocknen.

Diese Extremereignisse können lokal Schäden an Gebäuden, Verkehrswegen und Infrastruktur, Ökosystemen und Personen verursachen. Es kann regional zu Ernteausschlägen und Trinkwasserknappheit kommen sowie weltweit zu Lieferengpässen und Preissteigerungen.

Es ist mit einem Verlust von Ökosystemdienstleistungen zu rechnen. Wälder in Städten beispielsweise verlieren in extremen Trockenperioden teilweise oder ganz ihre Fähigkeit, Schadstoffe aus der Luft zu filtern und temperatur- und feuchtigkeitsregulierend zu wirken.

Zu Gesundheitsrisiken kann es durch Krankheiten und Überträger kommen, die sich durch warme Temperaturen, Starkregen und Stürme noch mehr verbreiten. Zudem stellen länger anhaltende Hitzewellen vor allem für ältere Menschen in den überdurchschnittlich warmen Städten eine zusätzliche Gesundheitsbelastung dar.

Aufgrund von höherer Vulnerabilität und geringeren Anpassungskapazitäten in den ärmeren Gebieten des Globalen Südens können Ernte- und Wohnraumverluste die Existenzgrundlage der Menschen dort bedrohen. Bestehende Krisen in politisch instabilen Gebieten können sich dadurch noch zusätzlich verschärfen und Migrationsbewegungen verstärken.

Vor diesem Hintergrund sollten sich Unternehmen generell darauf einstellen, auf **Lieferengpässe und Preissteigerungen** sowie auf **Gesundheitsrisiken** für ihre Mitarbeitenden reagieren zu können. Auch ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren Unternehmen in allen Sektoren immer strengere Anforderungen durch Gesetzesverschärfungen werden erfüllen müssen. Dies alles ist verbunden mit Kostensteigerungen, die jetzt schon eingeplant werden sollten.

Die DW muss zudem mittelfristig das Risiko in Betracht ziehen, dass eine Beschädigung von Infrastruktur in Einzelfällen zu einer **Beeinträchtigung des regionalen Sendebetriebs** führen kann. Dies kann Regionen betreffen, aus denen die DW vor Ort berichtet und in denen sie die Menschen weltweit mit ihren Programmangeboten erreicht.

Ein Risiko, welches Unternehmen allgemein und die DW ganz unmittelbar betrifft, sind **Glaubwürdigkeitseinbußen bei Nichthandeln**. Die DW steht in der Verantwortung, nicht nur über den Klimawandel zu berichten, sondern auch bei den Lösungen selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

4. Klimabilanz der Deutsche Welle

Im Rahmen der Erstellung des ersten DW-Nachhaltigkeitsberichts für das Jahr 2018 wurde von einem unabhängigen externen Beratungsunternehmen (*sustainable AG*) eine erste Klimabilanz erstellt. Diese wird seither jährlich fortgeschrieben.

Bilanzierungsmethode

Diese Klimabilanz entspricht den Qualitätsanforderungen des anerkannten Berichtsstandards *Greenhouse Gas Protocol* (GHG Protocol). Die Emissionsfaktoren und Werte für das globale Erwärmungspotenzial der Treibhausgase (THG) sind aus bewährten zuverlässigen Quellen (DEFRA, GEMIS und VDA) gewählt. Berücksichtigt werden alle Treibhausgase (umgerechnet in CO₂-Äquivalente). Als Konsolidierungsansatz wird der Ansatz der operativen Kontrolle gewählt.

In dieser Bilanz werden die Hauptstandorte in Bonn (Kurt-Schumacher-Straße) und Berlin (Voltastraße) betrachtet. Die internationalen Standorte der DW machen anteilig an der Fläche weniger als zwei Prozent aus und werden daher aus Wesentlichkeitsgründen und Gründen der Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Einflussmöglichkeiten vorerst nicht mitberücksichtigt.

Betrachtet werden Energie- und Kraftstoffverbräuche, Dienstreisen und Pendelwege, eingekaufte Güter und Dienstleistungen (im ersten Jahr begrenzt auf Papier und Büromaterial, ab 2019 auch rückwirkend mit den gesamten Einkaufsvolumina), Kältemittel und Abfälle. Dabei wird zwischen standortbezogenen – direkten (Scope 1) und indirekten energiebedingten (Scope 2) – THG-Emissionen, sowie THG-Emissionen aus vor- und nachgelagerten Aktivitäten - sonstigen indirekten Emissionen (Scope 3) - differenziert. Es liegen noch nicht alle Daten lückenlos vor; Datenlücken werden aber soweit möglich annahmehaft geschlossen. Mit den Jahren wird eine zunehmende Optimierung der Datenbasis angestrebt. Eine Schätzung der Treibhausgasemissionen, die durch weltweiten Vertrieb und Nutzung von DW-Programmangeboten entstehen, steht noch aus.

Die durch den Stromverbrauch entstehenden Scope-2-Emissionen werden sowohl nach der marktbasierter Methode mit anbieterspezifischen Emissionsfaktoren als auch nach der standortbasierten Methode mit Emissionsfaktoren des nationalen Strommix' berechnet und ausgewiesen.

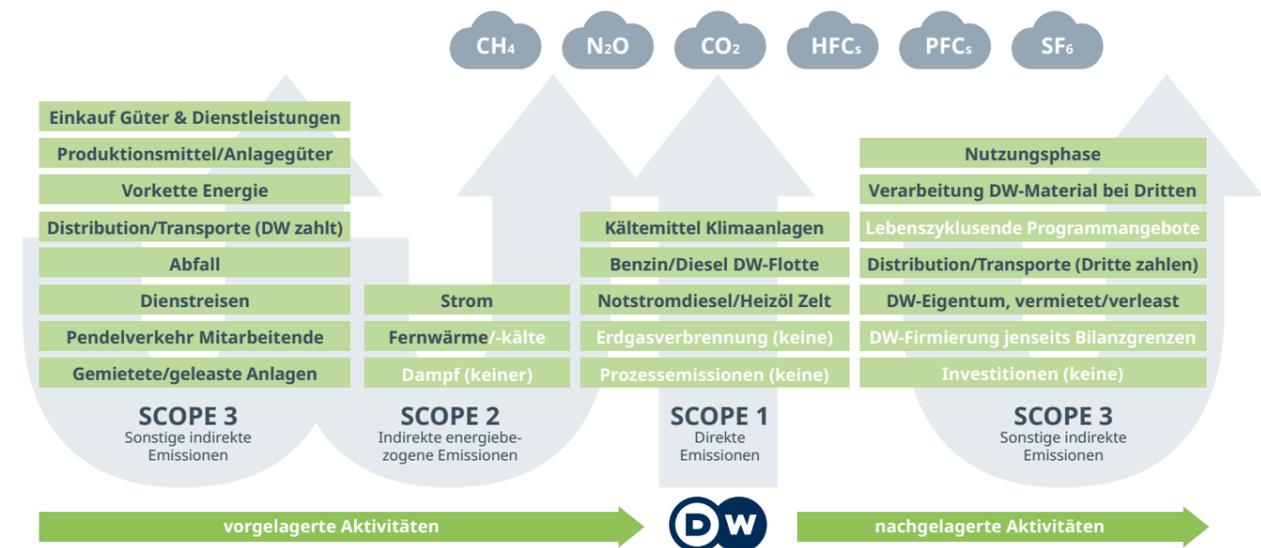


Abbildung 2: Treibhausgas-Kategorien nach dem Greenhouse-Gas-Protocol

Anteil der Dienstreisen an der Kernbilanz der DW (in Prozent)

77



11.000

Kernklimabilanz der DW (in Tonnen CO_{2e})

Klimabilanz der DW

in t CO _{2e}	2018	2019	Δ in %
GESAMTEMISSIONEN	26.821	34.294	58%
Scope 1: Direkte Emissionen			
Summe Scope 1 – Emissionen	77	105	36%
<i>Stationäre Verbrennung</i>			
Heizöl (Kantinenzelt temporär)	13	10	-27%
Notstrom-Diesel	8	20	151%
Kältemittel	31	31	0%
<i>Mobile Verbrennung (Flotte)</i>			
Diesel	23	42	81%
Benzin	2	2	20%
Scope 2: Indirekte energiebezogene Emissionen			
Summe Scope 2 – Emissionen	1.185	1.095	-8%
Strom (marktbasierend)	99	96	-3%
Fernwärme	1.086	999	-8%
Scope 3: Sonstige indirekte Emissionen			
Summe Scope 3 – Emissionen	25.559	33.094	29%
Eingekaufte Güter und Dienstleistungen	18.992	22.825	20%
Vorkette Energie und Kraftstoffe	679	662	-3%
Abfall	33	30	-11%
Dienstreisen	4.610	8.370	82%
Pendelverkehr	1.245	1.208	-3%

Anmerkung: In der standortbasierten Bilanz fallen noch zusätzlich rund 11.000 Tonnen CO_{2e} durch Stromverbrauch inklusive Vorkette an (Strommix Deutschland statt Ökostrom).

Tabelle 1: Klimabilanz der DW gemäß GHG Protocol

Die obige Tabelle zeigt die Klimabilanz der DW in den Jahren 2018 und 2019.

Die DW definiert ihre Scope-1- und Scope-2-Emissionen zusammen mit den Scope-3-Kategorien Dienstreisen, Pendelverkehr der Mitarbeitenden und Abfall als **Kernbilanz**. Diese macht mit rund 11.000 Tonnen CO_{2e} in etwa ein Drittel der aktuellen Gesamtbilanz aus. Innerhalb der Kernbilanz entfallen 77 Prozent der Emissionen auf Dienstreisen (vor allem Flugreisen), 11 Prozent auf den Pendelverkehr (basierend auf Annahmen), 9 Prozent auf den Wärmeverbrauch und 2 Prozent auf die restlichen Kategorien (Kältemittel, Flotte, Abfall, Notstromdiesel, Residualstrom und Heizöl – wobei die Nachfüllraten für Kältemittel noch nicht vollständig vorliegen).

Die DW bezieht an beiden Hauptstandorten Strom aus Erneuerbaren Energien (2018 Wasserkraft und 2019 Windkraft) mit zertifizierten Herkunftsnachweisen. Daher können die mit dem Stromverbrauch (Scope 2) und der Vorkette (Scope 3) verbundenen Emissionen gemäß der marktbasiereten Methode um rund 11.000 Tonnen CO_{2e} abgesenkt werden. Es verbleiben hier noch Emissionen von rund 760 Tonnen CO_{2e} durch die Bereitstellung des Ökostroms und durch den Residualstrom der Berliner Standorte, deren genauer Strommix noch nicht bekannt ist.

Die Scope-3-Kategorie der eingekauften Güter und Dienstleistungen macht mit rund 23.000 Tonnen CO_{2e} in etwa zwei Drittel der aktuellen Gesamtbilanz aus. Diese Emissionen zählt die DW zur **Randbilanz**. Es handelt sich hier um Überschneidungen mit den Emissionen der zuliefernden Unternehmen, und die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme durch die DW sind begrenzt. Als weitere Kategorie der Randbilanz sind die Emissionen zu nennen, die mit Distribution und Nutzung der DW-Programmangebote in Zusammenhang stehen. Hier ist davon auszugehen, dass der Stromverbrauch, der auf Serverparks anfällt, wenn vor allem Online-Angebote von Nutzenden weltweit abgerufen und gestreamt werden, besonders ins Gewicht fällt und den Großteil der Klimabilanz ausmachen wird. Da die Nutzungszeiten der verschiedenen Programmangebote nicht für alle Medien (TV, Radio, Online) gemessen werden können, wird eine plausible Schätzung für eine der folgenden Klimabilanzen angestrebt. Auch hier handelt es sich um Überschneidungen mit den Emissionen der Vertriebspartner und der Nutzenden, und die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme durch die DW sind begrenzt. Auch die sonstige Vervollständigung der Klimabilanz fällt überwiegend in die Randbilanz.

Treibhausgasemissionen der DW

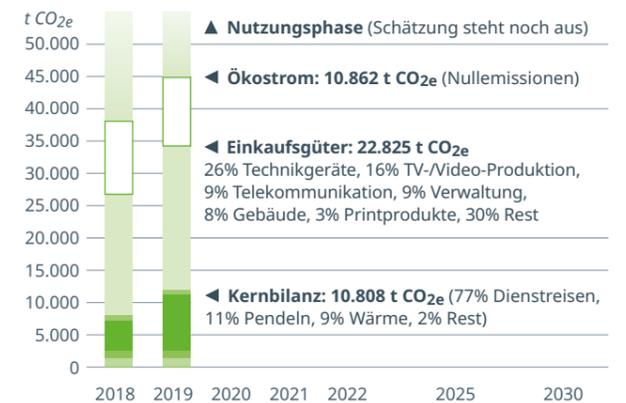


Abbildung 3: Klimabilanz der DW als Balkendiagramm



Das Klimaschutzziel der DW:
minus 30 Prozent bis 2030

5. Klimaschutzziele

Die DW übernimmt Verantwortung und hat das Thema Nachhaltigkeit seit dem Jahr 2020 in ihre Unternehmensziele aufgenommen:

„Die DW handelt nachhaltig. Sie setzt ihre Mittel und Ressourcen effizient ein, reduziert ihren ökologischen Fußabdruck kontinuierlich und engagiert sich soziale Belange.“

Klimaschutz gehört zu den wesentlichen Nachhaltigkeitsthemen der DW.

Die *Science Based Targets initiative* (SBTi) unterstützt Unternehmen dabei, ihre Reduktionsziele wissenschaftsbasiert festzulegen. Das Beratungsunternehmen, welches die Klimabilanz für die DW erstellt, hat auch das wissenschaftsbasierte Reduktionsziel für die Treibhausgasemissionen der DW berechnet.

Die DW setzt sich in Anlehnung an die SBTi-Methode die folgenden Klimaschutzziele:

- **Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2030**
- **Netto-Nullemissionen spätestens bis zum Jahr 2045**

Diese Ziele beziehen sich auf die Treibhausgasemissionen der Kernbilanz (Scope 1 und Scope 2 sowie die Scope-3-Kategorien Dienstreisen, Pendelverkehr und Abfall) aus dem Basisjahr 2019.

Die Gesamtemissionen der Kernbilanz müssen somit in elf Jahren um 3.242 Tonnen auf 7.566 Tonnen CO_{2e} abgesenkt werden. In den darauffolgenden 15 Jahren müssen sie auf Netto-Nullemissionen reduziert werden. Letzteres gilt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und soll überwiegend durch weitere Reduktionsanstrengung der einzelnen Akteur*innen erreicht werden, und nur zu einem kleinen Anteil durch Aufforstung und technische CO₂-Abscheidung und Speicherung.

6. Maßnahmen

Zur Minderung ihrer Treibhausgasemissionen wird die DW Maßnahmen in allen Bilanzbereichen umsetzen, also neben dem Bereich der Kernbilanz, für den das Reduktionsziel gilt, auch im Bereich der Randbilanz, in dem es Überschneidungen mit den Emissionen anderer Unternehmen gibt und die Möglichkeiten der direkten Einflussnahme durch die DW begrenzt sind.

Als Maßnahmen zur Erreichung des Klimaschutzziels werden nun entwickelt und umgesetzt:

Klimafreundlichere Reiserichtlinie

Mehr als drei Viertel der DW-Treibhausgasemissionen (Kernbilanz) werden durch Dienstreisen, vor allem Flugreisen, verursacht. Während der Pandemie wurde deutlich, dass Alternativen (v.a. Videoschalten, Terminbündelung) für viele Termine machbar und auch zeit- und kostengünstiger sind. Der Arbeitskreis *Sustainability Circle* wird Regeln für Dienstreisen vorschlagen (z.B. Inlandsflüge nur noch im Ausnahmefall mit Sondergenehmigung), die dann durch die zuständige Abteilung in die Regularien der DW überführt werden können.

Klimafreundlicherer Pendelverkehr

Etwa zehn Prozent der Emissionen sind dem Pendelverkehr der DW-Mitarbeitenden zuzurechnen. Dieser Wert beruht noch auf literaturbasierten Annahmen. In einer Umfrage sollen Realdaten erhoben werden, sobald sich wieder eine „Post-Pandemie-Normalität“ einstellt. Über Aktionen und Anreizsysteme soll für das Thema sensibilisiert werden, um die Nutzung klimafreundlicher Alternativen wie ÖPNV, Fahrrad, Spazierweg, E-Mobilität zu fördern.

Energiemanagement

Rund weitere zehn Prozent der Emissionen entstehen durch Wärmebedarf in Bonn und Berlin. Auch Strom, der zwar als Ökostrom nur noch geringe Emissionen verursacht, soll effizient eingesetzt werden, um Ressourcen und Kosten zu sparen. Für den DW-Energieverbrauch sollen eine eigene Bilanz aufgestellt, Unterzähler installiert (z.B. im Rahmen des Liegenschaftsenergiekonzepts Bonn mit Vermieter BImA), ein eigenes Reduktionsziel festgelegt und Effizienzmaßnahmen umgesetzt werden.

Nachhaltige Projektplanung

Um zu gewährleisten, dass ganzheitliche, langlebige Systemlösungen realisiert werden, die auf die Klimaschutz- und Energieeffizienzziele einzahlen, wird auch die Abteilung Sustainability Management in die Projektplanung eingebunden, möglichst schon in der Ideenphase. Idealerweise können so auch schon in der frühen Phase der Projektplanung unterstützende Fördermittel identifiziert und geworben werden.

Green Production

Anhand von Pilotprojekten wird aufgezeigt, welche Einsparpotenziale sich bei Planung, Dreh und Postproduktion von audio-visuellen DW-Programmangeboten, aber auch in deren Nutzungsphase, heben lassen. Daraus werden allgemeine Grundregeln abgeleitet.

Die folgenden Maßnahmen zählen auf die Kernbilanz und/oder die Randbilanz ein:

Nachhaltige Beschaffung

Die Abteilung *Procurement and Travel* hat jüngst einen Leitfaden zur nachhaltigen Beschaffung erstellt, der Regeln und rechtliche Möglichkeiten für das Anwenden von Nachhaltigkeitskriterien in zentralen und dezentralen Beschaffungsprozessen definiert. Hierunter fallen beispielsweise die Betrachtung von Lebenszykluskosten energieintensiver Geräte, das Abfragen von Umweltmanagement-Zertifizierungen, Klimaschutzzielen oder Produkt-Gütesiegeln der liefernden Unternehmen. Die Fachbereiche erläutern in allen Beschlussvorlagen zu Lenkungsausschuss, Geschäftsleitung und Verwaltungsrat kurz, ob sie im konkreten Vorgang Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen und ob sie die Abteilung Sustainability Management in die Planung einbezogen haben.

Supply Chain Engagement

Der Großteil der Gesamtemissionen entsteht indirekt bei Dritten durch Güter und Dienstleistungen, welche die DW kauft und mietet, oder durch die Nutzung der DW-Programmangebote. Vermietende, Partner*innen, Zuliefernde und Dienstleistende, aber auch Mitarbeitende und Nutzende sollen für Klimaschutz sensibilisiert und wo möglich zu gemeinsamen Projekten angeregt werden.

Klimawandelfolgen-Anpassung

Um auf mögliche Risiken vorbereitet zu sein, die zukünftig durch die Folgen der Erderwärmung weltweit für die DW entstehen können, erarbeitet der *Sustainability Circle* Maßnahmen.

Die Koordination der Umsetzung der DW-Klimaschutzstrategie übernimmt die Abteilung *Sustainability Management*; die zuständigen Fachbereiche kooperieren mit *Sustainability Management* und sind mitverantwortlich für die Zielerreichung.

Zur unterstützenden Finanzierung der Maßnahmen führt die DW einen internen CO₂-Preis ein, der sich am aktuellen Preis des Europäischen Emissionshandels (25 Euro/Tonne CO_{2e}) orientiert. Aus den Treibhausgasemissionen der DW (Kernbilanz 10.808 Tonnen CO_{2e}) ergibt sich somit aktuell ein DW-Klimaschutzbudget für Reduktionsmaßnahmen in Höhe von rund 322.000 Euro pro Jahr (inklusive Mehrwertsteuersatz von derzeit 19 Prozent). Das Jahresbudget wird im Zeitverlauf regelmäßig aktualisiert – unter der Annahme, dass der CO₂-Preis im Emissionshandel ansteigen und die Treibhausgasemissionen der DW sinken werden.

Erfolgreich sind die Klimaschutzanstrengungen der DW, wenn die Treibhausgasemissionen kontinuierlich abgesenkt werden und die festgelegten Ziele spätestens bis zum Jahr 2030 bzw. 2045 erreicht werden.

Die DW-Klimabilanz wird jährlich aktualisiert, um die Entwicklung der Treibhausgasemissionen nachvollziehen und gegebenenfalls mit Maßnahmen nachsteuern zu können. Über den Zielerreichungsfortschritt und die Weiterentwicklung von Maßnahmen wird jährlich an die Geschäftsleitung berichtet und alle zwei Jahre im Nachhaltigkeitsbericht.

Mit Umsetzung der vorliegenden Klimaschutzstrategie leistet die DW einen Beitrag dazu, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, und bereitet sich angemessen auf zukünftige Klimawandelfolgen vor.

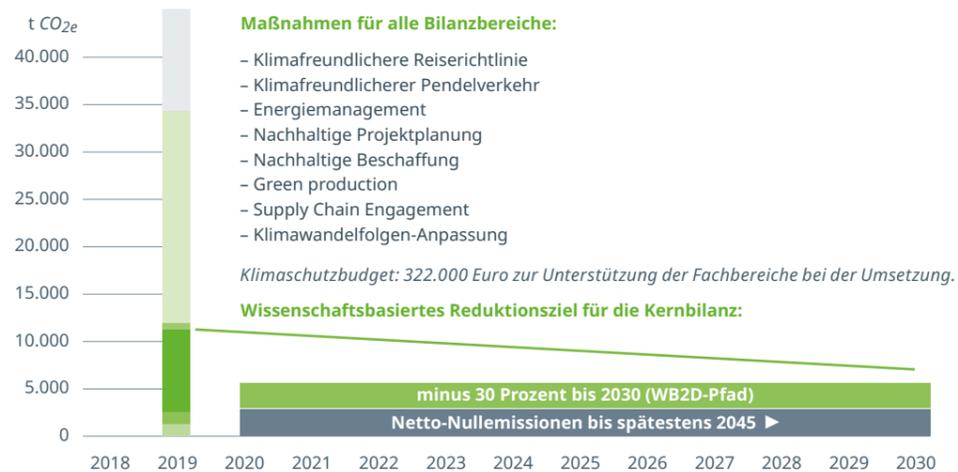


Abbildung 4: Reduktionspfad für die Kernbilanz der DW und Maßnahmen für die Gesamtbilanz

Jahresbudget für Klimaschutz in der DW (in Euro)

322.000



8



Maßnahmen, um das Klimaschutzziel zu erreichen

7. Quellen

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU, 2020).** Klimaschutz in Zahlen: Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik. Ausgabe 2020. Online verfügbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_zahlen_2020_broschuere_bf.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU, 2019).** Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f-09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> (Zugriff 28.09.2020).
- Bundesregierung.** Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021, Dialogfassung. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1793018/15bb73b6ead4666c62c00cfb893f2eff/dns2021-dialogfassung-data.pdf?download=1> (Zugriff 01.10.2020).
- Bundesregierung.** „Klimaschutzgesetz 2021 Generationenvertrag für das Klima“. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672> (Zugriff 08.06.2021).
- Bundesverfassungsgericht.** Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021 „Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich“ zum Beschluss vom 24. März 2021. Online verfügbar unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> (Zugriff 08.06.2021).
- Climate Action Tracker.** Warming Projections Global Update May 2021 “Climate summit momentum: Paris commitments improved warming estimate to 2.4°C.” Online verfügbar unter: https://climateactiontracker.org/documents/853/CAT_2021-05-04_Briefing_Global-Update_Climate-Summit-Momentum.pdf (Zugriff 08.06.2021).
- Deutsche Welle.** Nachhaltigkeitsbericht 2018. Online verfügbar unter: https://www.dw.com/download/55348427/201021.2_dw%20nachhaltigkeitsbericht_2018 (Zugriff 26.10.2020).
- Green Climate Fund.** Online einsehbar unter: <https://www.greenclimate.fund/about> und erklärt unter: <https://www.youtube.com/watch?v=FGls0VmM3Xc> (Zugriff 28.09.2020).
- Heinze, Christopher.** Drittes Dürrejahr in Folge: Durchwachsene Erntebilanz - Weniger Getreide. ZDF 2020. Online abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/duerre-erntebilanz-100.html> (Zugriff 28.09.2020).
- Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ).** Dürremonitor Deutschland. Online abrufbar unter: <https://www.ufz.de/index.php?de=37937> (Zugriff 28.09.2020).
- Hertig, Elke.** Distribution of Anopheles vectors and potential malaria transmission stability in Europe and the Mediterranean area under future climate change. Parasites Vectors 12, 18 (2019). <https://doi.org/10.1186/s13071-018-3278-6>
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).** Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Working Group I Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Online verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_all_final.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).** Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Working Group II Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Summary for Policy Makers. Online verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/ar5_wgII_spm_en.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC).** Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Working Group III Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Online verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/ipcc_wg3_ar5_full.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- ntv.de, David Hutzler, dpa (22.02.2021).** “So kann man CO₂-Last im Netz verbessern“ mit Rechenbeispielen aus der Modellstudie „The overlooked environmental footprint of increasing Internet use“. Online verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/wissen/So-kann-man-CO2-Last-im-Netz-verbessern-article22370204.html> (Zugriff: 08.06.2021).
- Pommerening, Thilo.** Die Ruhe vor dem Sturm: Einschätzung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Anbauggebiete von Lebensmitteln. Informationsbroschüre des WWF Deutschland 2015. Online verfügbar unter: https://www.wwf.de/fileadmin/user_upload/WWF-Information-Die-Ruhe-vor-dem-Sturm.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- Science Based Targets initiative (SBTi).** Liste der teilnehmenden Unternehmen. Online einsehbar unter: <https://sciencebasedtargets.org/companies-taking-action/> (Zugriff 27.10.2020).
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Werner Brachat-Schwarz, Ulrike Winkelmann (2017).** Führt der Klimawandel zu einem Anstieg der »Hitzetoten«? Online verfügbar unter: https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag17_08_02.pdf (Zugriff 28.09.2020).
- Stoltenberg, Jens.** Die Nato muss den Klimawandel bekämpfen. Gastbeitrag in der Welt am Sonntag, 27.09.2020. Online abrufbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus216655450/jens-stoltenberg-Die-Nato-muss-den-Klimawandel-bekaempfen.html> oder zitiert im Spiegel, 27.09.2020. Online abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/jens-stoltenberg-nato-muss-sich-staerker-auf-klimawandel-fokussieren-a-d36332e0-8674-4178-b7ac-87d5160493f6> (Zugriff 28.09.2020).
- Umweltbundesamt.** Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität. RESCUE - Studie. Climate Change 36/2019. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/rescue_studie_cc_36-2019_wege_in_eine_ressourcenschonende_treibhausgasneutralitaet.pdf (Zugriff 20.10.2020).
- United Nations Development Programme (UNDP).** Sustainable Development Goals | Goal 13: Climate action. Online abrufbar unter: <https://www.undp.org/content/undp/en/home/sustainable-development-goals/goal-13-climate-action.html> (Zugriff 28.09.2020).
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC).** The Paris Agreement. Online abrufbar unter: <https://cop23.unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> (Zugriff 28.09.2020).

